

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groszloffe Riesa Nr. 22.

Nr. 225.

Donnerstag, 25. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 31 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitüberdauernde und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Ermäßigter Rabatt ertelicht, wenn der Betrag vergrößert, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeiträge, "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Wäzählung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gottschestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die weitere Behandlung der Völkerbundsfrage.

Nach dem getreuen grundsätzlichen Beschluß des Ministerrats über die Bereitschaft Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund — der übrigens in voller Einmütigkeit gefaßt worden ist, also nicht, wie der "Rath" es tut, als ein Sieg Stresemanns über Marx ausgebeutet werden kann — arbeitet die Reichsregierung ein Memorandum aus, das den zehn im Völkerbund vertretenen Staaten durch die deutschen Missionen unterbreitet werden wird. In der Form einer Note, wie es englische Blätter nennen, handelt es sich dabei nicht, sondern nur um ein Memorandum, in dem die Fragen behandelt werden, deren Klärung und Beantwortung Deutschland wünschen muß, bevor es einen endgültigen Beschluß über einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund fassen kann. Wenn Deutschland den Antrag stellt, so darf es nach der Auffassung der Reichsregierung kein Fehlschlag sein, sondern muß wirklich zu der Aufnahme in den Völkerbund führen. Der Antrag wird also nur dann gestellt werden, wenn durch die vorherigen Sondierungen die Aufnahme Deutschlands mit allen Kautelen gesichert ist, die Deutschland für erforderlich hält. In einer Beschlusfassung gehört im Völkerbundrat Einstimmigkeit, und daher muß in jeder Hinsicht vorher Klarheit gegeben sein, daß diese Einstimmigkeit zustande kommt. In der Völkerbundsverammlung genügt eine Zweidrittelmehrheit. Ob die Reichsregierung das Memorandum nach seiner Fertigstellung veröffentlicht wird, steht noch dahin; jedenfalls könnte es nach diplomatischem Brauch nicht eher veröffentlicht werden, als es den fremden Mächten überreicht ist. Sobald das Memorandum ausgearbeitet ist, wird sich noch einmal der Ministerrat mit der Redaktion befassen.

Der Reichswirtschaftsminister über die Aufgaben der Auslandsdeutschen.

Berlin. Auf der Tagung der Deutschen Auslandsdeutschen in der Reichshauptstadt hat Reichswirtschaftsminister Gann eine Rede, in der der Minister an die Worte des Reichspräsidenten Obert auf dem Benrathensabend im Hotel Esplanada anknüpfte und betonte, daß, wenn schon die Liebe der Auslandsdeutschen vor allem der Größe des Vaterlandes, der Erhaltung des deutschen Volkstums und der deutschen Sprache gehöre, das erste Mittel hierzu die Förderung der deutschen Wirtschaft sei. Denn Volkstum, Staat und Wirtschaft stellt eine untrennbare Einheit dar; das habe man im Unglück und im Niedrbruch erfahren, das erlebe man jetzt im Aufbau. Als Binnenwirtschaft könnten wir nicht gefunden. Unter Schutz sei auf engste mit der Weltwirtschaft verflochten. Uns fehlten große einseitige Siedlungsgebiete; umso wichtiger sei die persönliche Arbeit des deutschen Kaufmannes draußen. Wir müssen Waren ausführen und auch Menschen ins Ausland schicken. Für jedes gibt der deutsche Auslandskaufmann Anknüpfungspunkte. Wir brauchen Freunde und Landsleute draußen zu lebendigem Austausch von Nachrichten und Wissen, Hinweisen und Anregungen, in gegenseitigem Geben und Nehmen von Wahrheit, von Vertrauen. Andererseits werde man im Reich bei allen Maßnahmen in stärkstem Maße auch prüfen müssen, wie sie auf die Deutschen und ihre Wirtschaft im Ausland wirken. Wenn unserm Vaterland auch in den schlimmsten Tagen die wärmste helfende Liebe unserer Auslandsdeutschen gehört habe, so habe der unter schwierigsten Verhältnissen neugegründete deutsche Staat sich ein Recht auf Achtung und Vertrauen errungen, dessen Bionere vor allem auch die Auslandsdeutschen sein würden. In solcher Zusammenarbeit für das eine deutsche Volk zwischen den deutschen Wirtschaftlern der Heimat und denen des Auslandes möge diese Tagung eine glückliche Entwicklung eröffnen.

Die 26prozentige Ausfuhrabgabe auch für Belgien.

Brüssel. Wie der "Derniere Courrier" berichtet, wird nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Deuniss aus einem Urlaub die Frage der Einführung der 26prozentigen Abgabe von der deutschen Einfuhr von Belgien geprüft werden. Angehts der Interessen, die bei den Handelsvertragsverhandlungen auf dem Spiele stehen, sei vorausgesetzt, daß Belgien in dieser Angelegenheit dem Beispiel Frankreichs folgen werde.

Englische Konkurrenzorgnen.

London. Ministerpräsident MacDonald empfing gestern eine Abordnung der Baumwollindustrie von Lancashire, die ihm ihre Auffassung über die voraussichtliche nachteilige Wirkung der in einem deutsch-französischen Handelsvertrag zu erwartenden Zollreduzierungen zugunsten der Baumwollindustrie in England-Lotbringen auf den englischen Baumwollhandel auseinandersetzte. Die Abordnung betonte, daß die englische Baumwollindustrie bisher bereits erheblich gekittet habe und eruchte die Regierung, alle Maßnahmen anzuwenden, um zu verhindern, daß die Industrie der ausländischen Konkurrenz gegenüber dauernd ins Hintertreffen gerate. Der Ministerpräsident wurde gebeten, bei den künftigen Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Deutschland darauf zu achten, daß der englischen Industrie günstige Bedingungen gewährt würden.

Die Eisenbahntechnische Tagung.

Am Mittwoch unternahm die Teilnehmer der Eisenbahntechnischen Tagung eine **Bremsererprobungsfahrt**, die vom Bahnhof Grünwald bis nach Belsa durchgeföhrt wurde, um die neuesten bremsstechnischen Einrichtungen praktisch vorzuführen. Der Zug war auf der Einfahrt zusammengeleitet aus zwei Lokomotiven und 23 vierachsigen D-Zugwagen, ausgerüstet mit der Lunsfordbremse für Schnellzüge. Das Gewicht des Gesamtzuges betrug 1250 Tonnen, die Länge 512 Meter. Mit dem Zug wurden Schnellbremsungen, Betriebsbremsungen und Regulierbremsungen vorgenommen. Bei der Schnellbremsung wird die höchste erreichbare Bremskraft an allen Fahrzeugen des Zuges in der kürzesten Zeit voll wirksam, und der Zug kommt auf kürzestem Wege zum Halten. Im Betriebe werden Schnellbremsungen nur in Gefahrfällen ausgeföhrt. Beim Fahren der Notbremse wird dieselbe Wirkung erreicht. Betriebsbremsungen bewirken das Abhalten des Zuges im gewöhnlichen Betriebe. Hierbei wird je nach Erfordernis nur ein Teil der vorhandenen Bremskraft oder auch in abgestufter Erhöhung zum Schluß die ganze Bremskraft wirksam. Regulierbremsungen dienen zur Verminderung der Fahrgeschwindigkeit, ohne in dessen den Zug zum Halten zu bringen. Dies wird erreicht durch Betriebsbremsungen, deren Wirkung je nach Lage der Verhältnisse vom Lokomotivführer beliebig ein- oder ausgeschaltet werden kann. Auf der Einfahrt fand auf Bahnhof Belsa eine Schnellbremsung statt bei einer Zuggeschwindigkeit von 90 Kilometer, auf Bahnhof Riechendorf eine Betriebsbremsung bei einer Geschwindigkeit von 70 Kilometer in der Stunde. Vor Bahnhof Belsa wurde eine Regulierbremsung vorgenommen zur Ermäßigung der Geschwindigkeit von 70 Kilometer auf 50 und sodann auf 20 Kilometer in der Stunde. Vor Bahnhof Brück wurde die Schnellbremsung wiederholt, diesmal bei einer Zuggeschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde. Auf der Einfahrt wurde hinter Bahnhof Brück eine Schnellbremsung bei einer Zuggeschwindigkeit von 120 Kilometer in der Stunde vorgenommen, auf Bahnhof Bock eine Notbremsung von Mehrgewagen aus bei einer Geschwindigkeit von 75 Kilometer in der Stunde; auf Bahnhof Belsa eine Betriebsbremsung bei 85 Kilometer Geschwindigkeit, nach dem Wiederanfahren eine Betriebsbremsung bei 30 Kilometer Zuggeschwindigkeit in der Stunde. — Die Bremsvorrichtungen funktionierten tadellos.

Zur Ansicht an die Bremsererprobungsfahrt bei eisenbahntechnische Ausstellung

in Seddin befristigt. Sie umfaßt nicht weniger als 120 der neuesten Lokomotiven aller Arten und der verschiedensten Spurweiten, Turbinenlokomotiven, tennelole Lokomotiven und solche mit Kohlenstaubfeuerung, Druckluftlokomotiven und allein 6 verschiedene Diesellokomotiven; dann Diesel-, Motor- und elektrische Triebwagen, die zum größten Teil in Betrieben und im Wendelort vorgeföhrt wurden. Weiterhin sah man etwa 150 Personen- und Güterwagen verschiedener Art und Spurweite, namentlich neuzeitliche Großraumgüterwagen, Schnelltrieber und Sonderwagen aller Art. Das Stellwerks- und Signalwesen ist auf der Ausstellung sehr gut veranschaulicht. Großes Gewicht ist auf die Vorführung der Anlagen im Betriebe gelegt. Die Besucher des Ausstellungsplatzes mußten über 8 Kilometer zurücklegen, um die dichtbeieinander in 8 Reihen, bis 900 Meter lang, aufgestellten Lokomotiven und Wagen, Kräne, Weichen usw. zu besichtigen. Die Ausstellungshalle allein umfaßt 6000 Quadratmeter.

Der Naturforscher- und Metzertag.

In der Mittwoch-Sitzung der 68. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Jansbrud hielt Professor Walter von Ritter Wilhelm-Technisches Institut für Physiologie einen Vortrag über "Berufliche Arbeit als physiologisches Problem". Er wies darauf hin, daß in allen Kulturstaaten Ingenieure, Wirtschaftler, Metzger und Naturwissenschaftler eifrig daran arbeiten, nicht nur die Maschine, sondern auch den Menschen mit einem möglichst hohen Wirkungsgrad arbeiten zu lassen. Die Voraussetzung für jede rationelle Organisation eines Betriebes ist es, daß der rechte Mann am rechten Platz steht. Zur Erkenntnis der physiologischen Planung für bestimmte Berufe genügen die allgemeinen ärztlichen Untersuchungsverfahren nicht. Man ist mangels einer geeigneten Allgemeinprobe für die Leistungsfähigkeit einfach gezwungen, die Organe einzeln zu untersuchen. Der Vortragende schlug eine Methode vor, die es gestattet, das Volumen der unteren Extremitäten zu messen und somit die größere oder geringere Befähigung eines Arbeiters, Arbeiten in lebender Stellung auszuführen, zu untersuchen.

Um über die Frage der günstigsten stätlichen Arbeitszeit und die günstigste Anordnung der Pausen Angaben machen zu können, sind Untersuchungen notwendig, alle bisher angegebenen Methoden zur Erfassung der Belastung sind unbrauchbar. Mit Hilfe des Respirationserlebens wäre es möglich, den ersten Beginn einer Ermüdung festzustellen. Bei der Komplexität eines solchen Versuches ist dieses Verfahren praktisch aber kaum durchföhbar. Da der Grund für den erhöhten Energieverbrauch bei der Ermüdung in der veränderten Ausführung der Bewegung liegt, so ist der gleiche Moment der eintretenden Ermüdung auch an der Bewegungskurve zu erkennen. Durch systematische Anwendung dieser Methode des Studiums des Bewegungsbildes läßt sich die Frage der optimalen Arbeitsdauer wissenschaftlich lösen. Zum Schluß wies Dr. Ritter darauf hin, daß der Arbeitsphysiologe nicht nur den einzelnen, sondern auch das Volk als Ganzes im Auge

behalten müsse und daß von diesem Gesichtspunkt aus vor allem Massenbiologische Fragen eine Rolle spielen.

Jansbrud. (Jansbrud.) In der Donnerstag-Sitzung des deutschen Naturforscher- und Metzertages in Jansbrud hielt Ministerialrat Professor Dr. von Siering einen **Inferenzvortrag über die Fleisch- und Milchhygiene**. Er führte aus, wenn früher behauptet worden sei, die Fleischschau würde sich niemals wissenschaftlich begründen, so ist diese Behauptung durch die Entwicklung widerlegt worden. Wir verfügen jetzt über sehr gründliche Grundlätze der Untersuchung und der Beurteilung des Fleisches kranker Tiere. Die gesundheitsgefährlichen Schweinefleisch sind von 0,3%, im Jahre 1876 bis 0,008%, bis 1918 zurückgegangen. Die gesundheitsgefährlichen Parasiten im Fleisch von Tieren werden durch eine Erhitzung des Fleisches auch in den innersten Schichten auf 70 Grad Celsius mit Sicherheit getötet. Das Fleisch von bestimmten vom Vieh auf den Menschen übertragbaren Krankheiten wie Rotz, Milzbrand, Tollwut, ist unbedingt von der Verwendung als Nahrungsmittel auszuschließen, weil schon das Spantieren damit eine Gefahr für den Menschen bedeutet. Bei den übrigen Infektionskrankheiten, auch bei Tuberkulose, kann das Fleisch durch Erhitzung auf 80 Grad Celsius zum Genuß brauchbar gemacht werden. Weniger betriebliegend als die Fleischschau ist die Milchkontrolle anerkannt. In Anbetracht der öffentlichen Gesundheitspflege ist der weitere Ausbau der Stallkontrolle und tierärztlichen Milchkontrolle dringend zu wünschen.

Die Abrüstungskonferenz bis zum Herbst vertagt.

Genf. Man ist in Völkerbundkreisen der Auffassung, daß der für den 15. Juni 1925 vorgesehene Termin für die Abrüstungskonferenz verschoben werden müsse, weil eine sehr sorgfältige Vorbereitung für die Konferenz notwendig sei. Außerdem würde am 15. Juni die Internationale Arbeitskonferenz in Genf stattfinden, wodurch auch eine große Anzahl Delegierter in den Genfer Hotels keinen Platz mehr finden würden. Daher rechnet man damit, daß die Abrüstungskonferenz bis zum Herbst nach Beendigung der Vollversammlung verschoben werden wird.

Zur Aufwertungsfrage

hören wir noch aus parlamentarischen Kreisen, daß Reichsfinanzminister Dr. Luther im Aufwertungsanstoß des Reichstaats einen Plan entwickelt habe, wie den nachweisbar bedürftigen Besitzern von Kriegsanleihen auf sozialem Wege geholfen werden kann. Auf die Befürchtung anderer Reichsanleihen würde sich das nicht beziehen. Der Minister suchte im übrigen in ausführlichen zahlenmäßigen Darlegungen zu beweisen, daß es der Reichsfinanzverwaltung ganz möglich sei, eine Aufwertung oder auch nur eine geringfügige Verzinsung von Reichs- und Kriegsanleihen vorzunehmen.

Neue Lohnforderungen.

Berlin. Die Eisenorganisationen haben dem Reichsfinanzminister einen neuerlichen dringlichen Antrag nach Aufnahme von Belangen über eine Erhöhung der Gehälter unterbreitet. Auch die Gewerkschaften fordern in einem dem Reichskabinett untergenommenen Schritt eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 10 bis 15 Prozent. Ferner haben die westdeutschen Gewerkschaften am Sonnabend der Reichsregierung eine Eingabe unterbreitet, die sich mit der horrenden Preiserhöhung der Lebensmittel in den Kohlenzentren befaßt, wodurch das Lebensniveau der Bergarbeiter weit unter das Vorkriegsniveau herabgedrückt werde und die eine angemessene Lohnerböhung unter allen Umständen erforderlich mache.

Zur Staatsbankaffäre in Thüringen.

Weimar. Amtlich wird mitgeteilt: Die bereits am 23. September veröffentlichte Tatsache, daß auf Veranlassung des ehemaligen Staatsbankpräsidenten Lohb am Sonntag, den 21., in der Nacht vom 21. zum 22. September aus dem Gebäude der Staatsbank Koffer und Kiste mit Aktien herausgeschafft wurden, wird heute, um allen umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, festgestellt, daß das Einschreiten des thüringischen Landes kriminalamtes lediglich auf einen Verdacht der Aktienbeseitigung zurückzuführen ist. Eine Anzeige darüber, daß auch für andere strafbare Handlungen ein Verdacht besteht, ist bisher von keiner Seite erstattet worden. Die Durchsicht der beschlagnahmten Aktien, die bekanntlich vom Oberstaatsanwalt und vom Landes kriminalamt vorgenommen wird, wird aller Voraussicht nach noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Behauptung der Linkspresse, daß das Einschreiten des Landes kriminalamtes auf Grund einer Denunziation irgend eines Völkischen erfolgt sei, ist frei erfunden.

Der Deutsche Stätettag

wurde gestern in Hannover mit einer Sitzung des Vorstandes begonnen. Nach einer Meldung des "Vorwärts" haben die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab, daß sie angesichts des Verhaltens des Magistrats von Hannover gegen den Oberbürgermeister Weinert nicht in der Lage seien, der Einladung der Stadt Hannover Folge zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion des Stätetages beschloß ebenfalls, der Einladung der Stadt Hannover nicht Folge zu leisten und diesen Beschluß bei Eröffnung der Sitzung zu begründen.